

gereist. Aus diesem Grund war ihr Handlungsspielraum stark begrenzt.

Aus der Sicht der chinesischen Regierung brachte die Reise einen Propaganda-Erfolg. Denn nach seiner Rückkehr in die USA meinte Don Argue auf einer Versammlung seiner Gesellschaft, daß die chinesische Regierung „viel Gutes“ für Tibet getan habe und er Sanktionen gegen China unangemessen fände. Darüber hinaus äußerte er, daß die Tibeter, die durch den Buddhismus einer „spirituellen Knechtschaft“ unterlägen, inzwischen „reif“ für die Christianisierung seien. (SCMP, 4.3.98) -su-

10 Erster Todestag Deng Xiaopings – 100. Geburtstag Zhou Enlais

Am 19. Februar 1997 verstarb im Alter von 92 Jahren Chinas „Chefarchitekt“ der Reform- und Öffnungspolitik, Deng Xiaoping. Dings erster Todestag wurde bescheiden mit schlichten Zeremonien begangen. Ganz anders dagegen die Gedenkfeierlichkeiten zu Zhou Enlais 100. Geburtstag am 5. März, die bereits im Februar in großem Umfang anließen. Des ersten Premierministers der Volksrepublik China gedachten verschiedene Organisationen schon während des ganzen Monats mit Ausstellungen, Vorträgen und Reportagen.

Vom 18.-21.2. veröffentlichte die *Volkszeitung* seitenlange Artikel über den „Sohn des chinesischen Volkes“, Deng Xiaoping. Darin wurde er vornehmlich für sein Lebenswerk gelobt, und Jiang Zemin rief die Kader in einem Artikel dazu auf, die Theorie Dings hochzuhalten und auf seinem Weg weiterzugehen. In einem Artikel der Zeitschrift *Qiushi*, den alle großen Tageszeitungen nachdruckten, schrieb Jiang Zemin, daß Deng die Richtung vorgegeben und den Grundstein für die Entwicklung gelegt hat, China aber nun selbst neue Wege finden und eigene Schlüsse aus seinen Erfahrungen ziehen muß. Parteikader rief er auf, ihre Studien über Dings Theorie zu vertiefen, da sie die Garantie für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung darstellt. Er zitierte seine eigene Rede vom XV. Parteitag der KPCh im letzten September und fordert die Führung der KPCh auf, Dings Theorie zu bereichern und kreativ weiterzuentwickeln. (XNA, 19.2.98)

Auf dem Platz am Tor des Himmlischen Friedens in Beijing fanden keine Feierlichkeiten statt. Dies stand in

scharfem Kontrast zu den ersten Jahrestagen des Todes von Mao Zedong oder Zhou Enlai. (*Ming Bao*, 20.2.98, nach SWB, 24.2.98)

Entgegen den Erwartungen der örtlichen Behörden versammelten sich vor Dings Geburtshaus in Paifeng, Provinz Sichuan, nur etwa 500 Menschen. Vor einem Jahr hatten dort mehrere tausend eine Woche lang um Deng getrauert. Viele der Besucher waren diesmal junge Pioniere, die einen Loyalitätseid auf Deng ablegten, sowie Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVK). Der Höhepunkt des Tages dort war die Errichtung einer Bronze-Statue Dings, die eine Kalligraphie Jiang Zemins trug und von der Provinz Henan gestiftet worden war. (SCMP, 19.2.98)

Dings Tochter, Deng Lin, hatte einen der wenigen offiziellen Beiträge organisiert: eine Fotoausstellung mit 112 privaten Bildern im Pekinger Revolutionsmuseum, die der Öffentlichkeit die andere Seite seines Lebens als Vater und Ehemann zeigen sollte. Die hochrangigsten Besucher, die zur Eröffnung kamen, waren Ding Guan'gen, Mitglied des Politbüros und Direktor der Propagandaabteilung des ZKs der KPCh, sowie Wang Ruijin, Mitglied der Zentralen Militärkommission. Die KPCh hielt nur ein kleines Symposium über Deng ab, und abends wurde eine 90minütige Fernsehdokumentation über ihn ausgestrahlt. In Shenzhen, der Vorzeigestadt für Dings Reformpolitik, wurden keine Kränze vor der großen Deng-Gedächtnistafel niedergelegt. Ein Einwohner meinte sogar, daß die Bevölkerung den Todestag sicher vergessen hätte, wenn in den Zeitungen nicht darüber berichtet worden wäre. Auf die Frage, warum der Tag nicht offiziell gefeiert wurde, äußerten Passanten, daß Deng Xiaoping in den Herzen der Menschen weiterlebe. (SCMP, 19., 20.2.98; *Sing Tao Jih Pao*, 19.2.98, nach SWB, 21.2.98; *Ming Bao*, 20.2.98, nach SWB, 24.2.98)

Ganz im Gegensatz zu der zurückhaltenden Begehung von Dings erstem Todestag wurde des 100. Geburtstages Zhou Enlais schon Wochen im voraus gedacht. Offenbar wurden die Feierlichkeiten zu Zhou's Geburtstag vorgezogen, um eine Terminkollision mit dem IX. Nationalen Volkskongreß im März zu vermeiden.

Neben Seminaren und Fotoausstellungen strahlte der Sender Beijing TV die Serie „Zhou Enlai in den letzten 100 Jahren“ aus. In der *Volkszeitung* fanden sich seit dem 22. Februar viele

lange, teilweise ganzseitige Artikel zu seinem Geburtstag.

Bereits am 16. Februar war in Zhou's Heimatdorf Huaian, Provinz Zhejiang, eine über vier Meter große Marmorstatue vor dem neuen Zhou-Enlai-Museum errichtet worden. (XNA, 20.2.98, SCMP, 17.2.98) Am 23. Februar richtete die KPCh in der Großen Halle des Volkes in Beijing eine Gedenkfeier der höchsten Parteikader aus. Neben Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi, Zhu Rongji u.a. nahmen 6.000 weitere Kader und wichtige Persönlichkeiten teil.

Ein überdimensionales Porträt von Zhou schmückte den Saal. In seiner langen Rede rief Jiang Zemin alle Parteimitglieder, Offiziere, Armeeangehörige und das ganze Volk auf, vom „erhabenen Geist“ Zhou's zu lernen und ihre eigenen Pflichten zu bedenken. Zhou habe stets an das Volk gedacht, hart gearbeitet, selbst ein einfaches Leben geführt und seine offiziellen Pflichten voll erfüllt. Er stelle deshalb auch in der heutigen Zeit ein Vorbild dar.

Jiang hob hervor, daß Zhou eine zentrale Rolle im wirtschaftlichen Aufbau gespielt habe. Gemeinsam mit Liu Shaoqi, Chen Yun und Deng Xiaoping habe er zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen, nachdem der „Große Sprung nach vorn“ zu einem schweren wirtschaftlichen Einbruch geführt hatte. Zhou habe stets die Bedeutung von Wissenschaft und Technik sowie der Intellektuellen geschätzt. Sein Geist solle weiterhin die Partei und die Angehörigen aller ethnischen Gruppen ermutigen, China unter der Leitung des Zentralkomitees der KPCh zu einem blühenden, demokratischen und zivilisierten sozialistischen modernen Staat zu machen. (XNA, 24.2.98; SCMP, 24.2.98) -su-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

11 Staatlicher Fonds für wissenschaftliche Publikationen

Seit Mai 1997 besteht ein staatlicher Fonds für die Publikation naturwissenschaftlicher und technologischer Arbeiten (vgl. dazu C.a.,

1997/3, Ü 15). Aus ihm können Wissenschaftsverlage Zuschüsse für den Druck wissenschaftlicher Arbeiten in einer Höhe von 20.000 bis 100.000 Yuan erhalten. Der Fonds wird von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik und dem Finanzministerium getragen und umfaßt 30 Mio. Yuan. Jetzt wurden 62 Arbeiten ausgewählt, deren Veröffentlichungskosten aus dem Fonds bestritten werden. Insgesamt werden dafür 3 Mio. Yuan bereitgestellt. Da es ausdrücklich die Absicht der Geldgeber ist, solche Werke zu fördern, die nicht nur höchsten theoretischen Ansprüchen genügen, sondern auch für die Praxis verwertbare Ergebnisse beinhalten, lassen sich aus der fachlichen Zuordnung der ausgewählten Arbeiten die Prioritäten ablesen, die die staatlichen Stellen bezüglich Wissenschaft und Technik aufstellen. Vierzig Prozent der geförderten Arbeiten betreffen die Biowissenschaften. Die übrigen Arbeiten entstammen Mathematik, Chemie, Geowissenschaften, Materialwissenschaft, Ingenieurwissenschaft und Informationswissenschaft. (XNA, 14.2.98) Man kann davon ausgehen, daß diese Fächer in der Wissenschaftspolitik Chinas von besonderem Interesse sind. -st-

12 Standard wissenschaftlicher Zeitschriften soll verbessert werden

Der Zustand der in China erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschriften wird als desolat bezeichnet. Beklagt wird, daß es in China keine einflußreiche Wissenschaftszeitschrift gibt, deren Renommee demjenigen der englischen Zeitschrift *Nature* oder der US-amerikanischen Zeitschrift *Science* gleichkäme. Zugleich wird kritisiert, daß das Vertriebsnetz zu eng sei, so daß die Zeitschriften international nicht zur Kenntnis genommen würden, und daß die Auflagen zu niedrig seien. Im Durchschnitt lägen die Auflagenhöhen referierter Zeitschriften bei 1.000 Exemplaren, einige Periodika hätten sogar nur eine Auflage von etwas über 100. Manche wissenschaftlichen Zeitschriften müßten aus Geldmangel sogar Manuskripte ablehnen. Zwei Drittel der Verlage, die wissenschaftlich-technische Zeitschriften publizieren, befänden sich in Schwierigkeiten, heißt es. Diese Situation führe dazu, daß die einschlägigen Periodika immer häufiger das Erstveröffentlichungsrecht für hervorragende Artikel verlieren und ihre internationale Position absinkt. Die

über 4.000 wissenschaftlichen Zeitschriften würden international kaum noch wahrgenommen, was darin zum Ausdruck komme, daß 1993 nur 0,24 Prozent von ihnen im amerikanischen „Science Citation Index“ aufgeführt worden seien, 1995 sogar nur noch 0,17 Prozent.

Das größte Problem sei der Geldmangel. Die meisten Zeitschriften müßten sich selbst tragen, was praktisch unmöglich sei. Viele könnten die Erscheinungstermine nicht einhalten, was wiederum zur Folge habe, daß Wissenschaftsnachrichten nicht rechtzeitig veröffentlicht würden. Dies beeinträchtige die Qualität der Zeitschriften, weil sie ihre Funktion, wissenschaftliche Ergebnisse schnell zu verbreiten, einbüßen und die entsprechenden Artikel aus dem Wettbewerb und der internationalen Begutachtung herausfielen.

Zur Verbesserung der Situation wird vor allem der Aufbau eines effizienten Vertriebssystems gefordert. Wolle man die Welt erreichen, müsse man sich aktiv den internationalen Buchmarkt und internationale Vertriebsnetze zunutze machen. Voraussetzung hierfür sei die Verbesserung der Qualität der wissenschaftlichen Zeitschriften, insbesondere der wissenschaftlichen Qualität. Wenn Neues und Originales veröffentlicht würde, dann würde die internationale Wissenschaft davon Notiz nehmen, und dann bestünde auf dem internationalen Buchmarkt Nachfrage nach diesen Publikationen. Die folgenden konkreten Schritte wurden empfohlen:

1. Die Veröffentlichungszeit soll verkürzt werden.
2. Es müssen wissenschaftliche Standards eingeführt werden. So müßten die Artikel beispielsweise eine englische Zusammenfassung haben.
3. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sollten sich mehrere Wissenschaftsverlage zusammenschließen. Solche Kooperationen und Verlagsgruppen seien in diesem Sektor schon im Entstehen, beispielsweise für die gut 300 Zeitschriften der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und die gut 60 Zeitschriften der Chinesischen Medizinischen Gesellschaft.
4. Die internationale Kooperation muß intensiviert werden, z.B. durch Aufnahme von Ausländern in die Herausbergremien oder durch Aufnahme ausländischer Beiträge. Im Jahre 1995 sei-

en in chinesischen Wissenschaftszeitschriften 402 Artikel, 1996 bereits 539 Artikel erschienen, die von Ausländern verfaßt worden seien.

(Vgl. GMRB, 23.2.98, S.2)

Bei Chinas Bemühen, den Anschluß an den internationalen Wissenschaftsstandard zu finden, spielen wissenschaftliche Publikationen eine entscheidende Rolle. Deren qualitative Verbesserung ist sicherlich eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles. Ob sie allerdings zu einer größeren Verbreitung chinesischer Zeitschriften auf dem internationalen Markt führt, muß angesichts der Sprachbarriere zweifelhaft erscheinen. Chinesische Wissenschaftler, die international wahrgenommen werden wollen, werden wohl eher geneigt sein, in ausländischen Periodika und auf Englisch zu veröffentlichen. -st-

13 Plan für hundert wissenschaftliche Schwerpunktinstitute

In einem kürzlich den zuständigen staatlichen Stellen vorgelegten Plan wird die Gründung von einhundert nationalen Schwerpunkt-Forschungsinstituten sowie von zehn zusätzlichen Universitäten bis zum Jahr 2005 vorgeschlagen. Darüber hinaus sollen dem Plan zufolge zwanzig interdisziplinär und überregional arbeitende Forschungszentren errichtet werden. Der Plan, der die Unterstützung der politischen Führung haben soll, ist Ausdruck des Bemühens, China im nächsten Jahrhundert in die Reihen der führenden Wissenschaftsnationen aufrücken zu lassen. In dem Projekt soll die Chinesische Akademie der Wissenschaften mit ihren Forschungsinstituten offensichtlich eine herausragende Rolle spielen. Akademiepräsident Lu Yongxiang machte einige Einzelheiten zu dem Plan bekannt (XNA, 28.2.98).

Danach werden die Wissenschaftler für die einhundert Forschungszentren weltweit rekrutiert, und die ausgewählten Forscher werden alle vier Jahre bewertet und ggf. wiederernannt. Nach drei Begutachtungsrunden und dreimaliger Wiederwahl werden etwa 20 Prozent auf dauerhaften Planstellen übernommen. Mit dem Plan strebt China an, seinen Forschungsstandard bis zum Jahr 2005 auf das Niveau fortgeschrittener Staaten anzuheben und zu den zehn besten Wissenschaftsnationen der Welt zu zählen. Die Finanzierung der

ehundert Forschungsinstitute erfolgt hauptsächlich aus staatlichen Mitteln. Jedes Forschungszentrum muß einen Haushaltsplan aufstellen, der jedes Jahr vom Finanzministerium geprüft und vom Gesetzgeber genehmigt werden muß. Außerdem hat jede Forschungsinstitution einen Vorstand einzurichten, der sich aus Vertretern der Regierung, der Wissenschaft und der Wirtschaft zusammensetzt.

Die Akademie der Wissenschaften plant zunächst, einige ihrer renommiertesten Institute als Pilotinstitute auszuwählen. Darunter befinden sich hauptsächlich die Institute für Bio- und für Materialwissenschaften in Shanghai, für Mathematik, Geowissenschaften, Umweltforschung und Informationswissenschaften in Beijing, das Staatliche Observatorium, das Institut für fortgeschrittene Materialien und Fertigung in Shenyang sowie das Institut für biologische Ressourcen und Vielfalt in Kunming. (Ebd.)

Damit ist klar, daß die hundert Institute nicht in jedem Fall neu gegründet werden sollen, sondern daß die besten Institute und vor allem solche für Zukunftswissenschaften zu den geplanten Eliteinstitutionen zählen werden. Ein ähnliches Programm wurde 1993 für den Hochschulbereich aufgelegt. Das sog. „Projekt 211“ hat die Einrichtung von einhundert Schwerpunkt-Forschungszentren für bestimmte Schlüsselwissenschaften zum Ziel (vgl. dazu C.a., 1993/7, Ü 15), wurde jedoch im vorliegenden Zusammenhang nicht erwähnt. In welchem Verhältnis das „Projekt 211“ zu dem jetzt vorgelegten Plan steht, ob ein Zusammenhang zwischen beiden besteht oder ob es sich um konkurrierende Unternehmungen handelt, läßt sich daher nicht sagen. Es könnte sein, daß der neue Plan einen Vorstoß von Seiten der Akademie der Wissenschaften bedeutet, die durch ihren schwerfälligen Apparat und die neue Konkurrenz durch die im Zuge der Hochschulreform ausgebaute Hochschulforschung ins Hintertreffen zu geraten droht. Einen Hinweis, daß hinter dem Plan ein solcher Vorstoß stehen könnte, gab Lu Yongxiang selbst mit folgender Äußerung: „Die zukünftige Akademie der Wissenschaften wird ein nationales Forschungszentrum werden, das sich auf nationale strategische Ziele und internationale Grenzwissenschaften konzentriert.“ (Ebd.) -st-

14 Gründung des Chinesisch-deutschen Hochschulkollegs an der Shanghai Tongji-Universität

Am 18. Februar 1998 wurde an der Tongji-Universität in Shanghai das Chinesisch-deutsche Hochschulkolleg feierlich eröffnet. Aufgabe des Hochschulkollegs ist es, zweisprachige Aufbaustudiengänge für Absolventen eines Grundstudiums anzubieten. Das dreijährige Postgraduiertenstudium führt zum Magister. Das Studium erfolgt in chinesischer und deutscher Sprache, die Professoren sind Chinesen und Deutsche. Die Absolventen des Hochschulkollegs können in chinesisch-deutschen Joint-Ventures arbeiten oder zu Studien- und Forschungszwecken nach Deutschland gehen. Ab dem Sommersemester 1998 gibt es zunächst zwei Studiengänge: Nachrichtentechnik und Wirtschaftswissenschaften. Für den ersten Studiengang sind zwei Spezialisierungen möglich, nämlich Automatisierungstechnik und Nachrichtentechnik, für die Wirtschaftswissenschaften kann unter vier Spezialgebieten gewählt werden: Marketing, Finanzmanagement, Versicherungsbetriebslehre und Business Management. Für Planung und Durchführung der Studiengänge sind jeweils zwei Fachkoordinatoren, ein chinesischer und ein deutscher, verantwortlich. Weitere Studiengänge sind für die Zukunft geplant, darunter Germanistik, Kfz-Technik, Maschinenbau, Rechtswissenschaft, Stadt- und Regionalplanung und Technomathematik.

Für die chinesischen Professoren werden Stiftungslehrstühle eingerichtet, die von chinesischen und deutschen Unternehmen finanziert werden. Die deutschen Professoren können ihre Lehrveranstaltungen in Blöcken abhalten. Grundsätzlich müssen vor Studienbeginn deutsche Sprachkenntnisse in einer Prüfung nachgewiesen werden. Für eine gewisse Übergangszeit dient gegenwärtig jedoch das erste Semester noch der Sprachvorbereitung. Während des gesamten Studiums ist Deutschunterricht obligatorisch.

Das Chinesisch-deutsche Hochschulkolleg ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Tongji-Universität, wird aber in organisatorischer, personeller und haushaltsmäßiger Hinsicht selbständig verwaltet, und zwar nach chinesischem Recht. Es untersteht unmittelbar dem Universitätspräsidenten und wird von einem Direktor geleitet, dem drei Stellvertreter zur

Seite stehen, einer davon ein deutscher Hochschullehrer. Die wichtigsten Gremien sind die Wissenschaftliche Kommission, die Kollegversammlung und der Beirat. Die Wissenschaftliche Kommission setzt sich je zur Hälfte aus chinesischen und deutschen Wissenschaftlern zusammen. Ihre Aufgabe ist es, Berufungsvorschläge aufzustellen und die Studien- und Prüfungsordnungen zu bestimmen. Der Kollegversammlung gehören alle Professoren des Hochschulkollegs an; sie berät über Grundsatzfragen. Der Beirat besteht aus 40 Mitgliedern, je zur Hälfte Chinesen und Deutsche. Seine Aufgabe ist die Förderung der Kooperation zwischen dem Hochschulkolleg und chinesischen und deutschen Institutionen, Unternehmen und Partnerhochschulen. Aus ihm wird ein kleinerer Vorstand gebildet, dem der Präsident der Tongji-Universität, ein Vertreter des DAAD (dieser war von deutscher Seite mit der Durchführung des Projekts beauftragt) und je ein Vertreter der chinesischen und deutschen Wirtschaft angehören. (Mitteilung von Prof. Dr. Horst Sund, Beauftragter des DAAD bei der Errichtung des Chinesisch-deutschen Hochschulkollegs; XNA, 19.2.98)

Die Tongji-Universität ist aus der im Jahre 1907 von einem deutschen Arzt gegründeten Medizinischen Ausbildungsstätte hervorgegangen. Sie hatte daher von Anfang an enge Beziehungen zu Deutschland; Deutsch war in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens Unterrichtssprache und ist es teilweise heute wieder. Die Tongji-Universität stellt das wichtigste Verbindungsglied zwischen deutscher und chinesischer Wissenschaft dar. Für die chinesische Seite bedeutet die Gründung des Kollegs eine weitere Öffnung zum Ausland im Wissenschaftsbereich. Diese wird von China mit Nachdruck betrieben, da es in diesem Bereich den Abstand zu den fortgeschrittenen Nationen verringern will. Ähnliche Kooperationen gibt es auch an anderen Universitäten, namentlich an solchen, die ebenfalls traditionelle Beziehungen zu einem bestimmten Land haben, wie z.B. die Liaoning-Universität in Shenyang, die eng mit den Japanern zusammenarbeitet. -st-

15 Reform des Zulassungssystems zu Fachmittelschulen

Ähnlich wie bei den Hochschulzulassungen wird jetzt auch bei den regulären Fachmittelschulen (Sekundar-

stufe II) ein doppelgleisiges (*binggui*) Zulassungssystem praktiziert. Darunter ist zu verstehen, daß die Zulassung zu diesen Bildungseinrichtungen nicht mehr allein aufgrund der staatlichen Planung vorgenommen wird, sondern daneben eine sog. „regulierende“ Planung (*tiaojiexing jihua*) existiert, die es den Schulen erlaubt, Selbstzahler nach eigener Wahl aufzunehmen. Während diese Reform bei den Hochschulen schon 1992/93 einsetzte (vgl. C.a., 1993/2, Ü 10) und nach mehreren Jahren Übergangszeit 1997 praktisch abgeschlossen wurde, wird sie bei den Fachmittelschulen erst seit wenigen Jahren ausprobiert und jetzt offiziell eingeführt. Grundlage ist eine Meinungsäußerung der Staatlichen Bildungskommission und der Staatlichen Planungskommission bezüglich der doppelgleisigen Zulassung zu den regulären Fachmittelschulen, die im Februar 1998 veröffentlicht wurde (vgl. GMRB, 21.2.98). Danach sollen ab diesem Jahr die meisten Provinzen bei den Fachmittelschulen das doppelgleisige Zulassungsverfahren praktizieren, d.h. neben den staatlich zugewiesenen Schülern können diese Schulen Schüler selbst auswählen und von diesen Schulgeld erheben. Dieses steht im Einklang mit dem Prinzip, daß für Bildung außerhalb des Pflichtschulbereichs bezahlt werden muß, denn die Fachmittelschule (Schuljahr 10-12) ist keine Pflichtschule.

Ohne die Pädagogischen Fachmittelschulen gibt es derzeit in China 3.251 Fachschulen der Sekundarstufe II mit rund 3,7 Mio. Schülern. Die meisten dieser Schulen sind aufgrund der Bildungsreform der achtziger Jahre aus allgemeinbildenden Mittelschulen hervorgegangen. Sie vermitteln eine berufliche oder technische Ausbildung für Berufe der mittleren Ebene, für die Mangel herrschte, und lenken zugleich einen großen Teil der Absolventen der Oberen Mittelschulen ins Berufsleben anstatt an die Hochschulen, d.h. sie schwächen den Bewerberdruck auf die Hochschulen ab. Für die berufliche Bildung an diesen Schulen muß nun generell bezahlt werden, was mit der Anpassung an die Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft begründet wird. Bisher war es so, daß die Bewerber für Fachmittelschulen nach staatlichem Plan verteilt wurden und die Ausbildung staatlich finanziert wurde. Zugleich konnten die Absolventen mit einem staatlich zugewiesenen Arbeitsplatz rechnen. Seit einigen Jahren zieht sich der Staat jedoch zunehmend aus der Verantwortung zurück, um Mittel einzu-

sparen. Die Folge ist, daß Fachschulabsolventen nicht nur für ihre Ausbildung zahlen müssen, sondern der Staat ihnen auch keinen Arbeitsplatz mehr garantiert. Lediglich ein kleiner Teil der Fachmittelschüler wird noch vom Staat finanziert und erhält nach dem Abschluß eine staatliche Stellung.

In den vergangenen Jahren hatte bereits ein Drittel aller Provinzen das doppelgleisige Zulassungssystem eingeführt. 1997 fanden insgesamt schon etwa 70 Prozent aller Bewerber über die nichtstaatliche Schiene Aufnahme in die Fachmittelschulen, in einigen entwickelten Gebieten sogar schon über 90 Prozent (ebd.). Dabei traten jedoch zahlreiche Mängel zutage. Das Hauptproblem liegt darin, daß alle Schulen, die Schüler nach eigener Wahl gegen Schulgeld aufnehmen können, danach streben, möglichst viele Selbstzahler zuzulassen und möglichst hohes Schulgeld zu fordern. Die Präferenz für Selbstzahler führt dazu, daß sich der Anteil der nach staatlichem Plan zugelassenen und finanzierten Studenten, die einer strengeren Auswahl unterliegen, stetig verringert und somit das Niveau der Fachmittelschulen insgesamt leidet. Die Steigerung der Eigeneinnahmen wird immer mehr zu einem wichtigen Anliegen der Schulen.

Um ein Absinken der Ausbildungsqualität an den Fachmittelschulen zu verhindern und die ungeordneten Aufnahmebedingungen sowie das ungeordnete Kassieren hoher Schulgelder einzudämmen, wurden in der o.e. Meinungsäußerung alle Provinzen und Branchenministerien aufgefordert, in ihrem Gebiet bzw. in ihrer Branche konkrete Pläne für die Zulassung zu den Fachmittelschulen aufzustellen und für eine möglichst zeitige Einführung der doppelgleisigen Zulassung zu sorgen. Die Höhe des Schulgeldes soll einen festgelegten Anteil an den realen Ausbildungskosten einer Schule nicht überschreiten und zugleich für Familie und Gesellschaft zumutbar sein. Sie ist von der jeweiligen Provinz und den zuständigen zentralstaatlichen Stellen zu bestimmen. Für die Fachmittelschulen ist das Schulgeld eine wichtige Einnahmequelle, aus der der Schulbetrieb finanziert wird. Die Mittel dürfen jedoch keinesfalls zweckentfremdet verwendet werden. Bedürftigen Schülern kann das Schulgeld ermäßigt werden. Außerdem wird verfügt, daß alle Provinzen nach und nach Darlehen- und Stipendienfonds einrichten, damit auch bedürftige junge Leute eine qualifizierte Ausbildung erhalten können. -st-

16 Lockerung der Studienbedingungen für ausländische Studenten

China hat die Studienbedingungen für ausländische Studenten gelockert. Diese können sich jetzt direkt bei einer Universität ihrer Wahl bewerben. Die Universitäten ihrerseits können ab diesem Jahr selbständig Studenten aus dem Ausland aufnehmen, ohne daß sie die Genehmigung der Zentrale einholen oder der Zentrale berichten müßten. Sie können auch frei über Aufnahmeprüfungen, Lehrinhalte, Abschlußprüfungen und Diplome entscheiden und sich eigenverantwortlich um die ausländischen Studenten kümmern. Früher war für das Studium ausländischer Studenten die Regierung zuständig. In den vergangenen 19 Jahren ist die Zahl der Studierenden aus dem Ausland stark angestiegen. Insgesamt haben in diesem Zeitraum 258.000 Ausländer an chinesischen Universitäten studiert, und die Zahl nimmt jährlich zu. Allein 1997 betrug sie 40.000. Die Studenten kommen aus über 150 Ländern und verteilen sich auf 330 chinesische Universitäten. (Vgl. GMRB u. XNA, 17.2.98)

Die Reform steht in engem Zusammenhang mit der Hochschulreform in China, in deren Rahmen den Universitäten und Hochschulen mehr Kompetenzen eingeräumt werden. Für die Regierung bringt die Reform eine Entlastung ihrer Verwaltung, denn der Aufwand für die zentrale Verwaltung des Studiums von Ausländern dürfte insbesondere angesichts der zunehmenden Zahl ausländischer Studenten zu groß geworden sein. Die Hochschulen haben ein doppeltes Interesse, Studenten aus dem Ausland anzuziehen. Zum einen sind die Studiengebühren willkommen (90 Prozent aller Studenten aus dem Ausland sind Selbstzahler), zum anderen wächst mit der Zahl der ausländischen Studenten, die an einer bestimmten Universität studieren, auch das Renommee der betr. Universität. -st-

17 Keine Lockerung der strengen Geburtenregelung

Die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung Peng Peiyun trat kürzlich Gerüchten entgegen, nach denen China in einigen Jahren seine Geburtenplanungspolitik lockern werde. Sie betonte, daß sich an der bestehenden Regelung nichts ändern werde und an den bestehenden Bevölkerungsplänen festge-

halten würde. Familienplanung müsse für die nächsten fünfzig Jahre beibehalten werden, da der Bevölkerungsdruck über lange Zeit anhalten werde. Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl wachse die Bevölkerung Chinas pro Jahr um 13 Millionen. (XNA, 24.2.98)

Die Grüchte waren durch eine angebliche Äußerung eines Vertreters des Ministeriums für zivile Angelegenheiten genährt worden, über die die SCMP am 12.2.98 berichtete. Danach soll der Staatsbedienstete angedeutet haben, die Ein-Kind-Politik würde in einigen Jahren aufgegeben werden, weil die Geburtenraten aufgrund von Spätheirat zurückgingen. Das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen habe sich von 19 auf 25 Jahre erhöht.

Nach wie vor gilt die Regelung, daß im städtischen Raum pro Ehepaar ein Kind erlaubt ist, während auf dem Lande normalerweise die Genehmigung für ein zweites Kind erteilt wird. Lockerungen gibt es in Armutsgbieten und bei den Nationalitäten. -st-

18 Guangzhou muß eigenes Stadtwappen und eigene Hymne aufgeben

Auf Weisung der Zentralregierung ist es der Stadt Guangzhou nicht mehr gestattet, das offizielle Wappen der Stadt und die Stadthymne, das Guangzhou-Lied, zu benutzen. Beides hatte in jüngster Zeit breite Verwendung im Stadtleben gefunden und diene offensichtlich dazu, die Identität der Guangzhouer Bevölkerung zu stärken, sehr zum Mißfallen der Zentrale, die in ständiger Sorge vor Tendenzen der Verselbständigung einzelner Provinzen und Regionen lebt. Die Beijinger Regierung besteht auf der ausschließlichen Benutzung der nationalen Symbole, und die Guangzhouer Stadtregierung hat sich diesem Wunsch gebeugt. Fortan muß das Stadtemblem überall abmontiert und zerstört werden, so z.B. an Gebäuden, auf Fahrzeugen und auf städtischem Propagandamaterial. Auch das Guangzhou-Lied darf nicht mehr gesungen werden. Offizielle Briefmarken mit dem Stadtemblem, die gerade gedruckt werden und wohl vor dem Verbot in Auftrag gegeben worden waren, werden nicht in Umlauf kommen, sondern sollen ins Stadtmuseum wandern. (Vgl. SCMP, 25.2.98)

In der neueren Geschichte Chinas hat die Provinz Guangdong schon immer eine starke eigene Identität gehabt, die vor allem in der ersten Hälfte des 20.

Jh. gepflegt wurde. Guangdong begriff sich als Wiege der modernen revolutionären Bewegungen in China (hier hatte Sun Yatsen seine Basis) und als Vorreiter der Modernisierung. An die letztere Tradition wird heute wieder angeknüpft. Anders jedoch als in den Jahrzehnten vor 1949, als die Provinzfürher teilweise quasi-unabhängige Regime führten, besteht heute keine Gefahr einer wie auch immer garteten Verselbständigung. Dies schließt freilich nicht aus, daß der Lokalpatriotismus blüht. Das eigene Wappen und die eigene Hymne der Provinzhauptstadt sind Ausdruck eines solchen Lokalpatriotismus. -st-

Außenwirtschaft

19 „Wirtschaftskrise in asiatischen Nachbarstaaten bringt Herausforderungen und Chancen für China mit sich“

Mitte Februar 1997 wies der stellvertretende Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Liu Xiangdong, in einer Rede auf die Herausforderungen und Chancen der Asienkrise für China hin. Liu konzentrierte sich dabei auf außenwirtschaftliche Fragen.

Mit Blick auf den chinesischen Export sieht Liu den Einfluß der Asienkrise für China vor allem darin, daß ein größerer Anteil des Außenhandels mit den Ländern abgewickelt werden, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Dazu zählen die ASEAN-Staaten sowie Südkorea und Japan. Der Anteil der Exporte Chinas in diese Länder an den Gesamtexporten belief sich im Jahre 1997 auf 29%. Der Ausfuhranteil für Japan betrug 14,7%, für die ASEAN-Staaten 6,6% und für Südkorea 5%.

Die Asienkrise hat zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den o.g. Ländern geführt sowie zu einer Verschlechterung ihrer Zahlungsfähigkeit und zu einem Rückgang ihrer Importe. Hieraus folgt Liu Xiangdong nach ein direkter Einfluß auf Chinas Exporte in diese Länder.

Weiterhin bestehen große Gemeinsamkeiten zwischen den Exportgüterstrukturen der ASEAN-Länder und Chinas, die hohe Anteile arbeitsintensiver Produkte aufweisen, die hauptsächlich in die USA, nach Europa, Japan und Hongkong geliefert

werden. Aufgrund der Abwertung in diesen Ländern hat sich Chinas Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Ausfuhrern dieser Länder verschlechtert.

Hinsichtlich der Absorbierung von Auslandskapital besteht der wesentliche Einflußfaktor darin, daß nach wie vor der überwiegende Anteil der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus Hongkong, Taiwan, Japan, Südkorea und den ASEAN-Staaten kommt. Die Investitionen aus diesen Ländern in den chinesischen Inlandprovinzen belaufen sich auf einen Anteil von 80% an den gesamten ADI. Die Krise hat die Auslandsinvestitionsstätigkeit dieser Länder geschwächt; dies wird sich auf den Zustrom von Auslandskapital in die Inlandprovinzen Chinas auswirken. Weiterhin muß damit gerechnet werden, daß diese Länder noch stärkere Anstrengungen machen werden, um Auslandskapital anzuziehen, so daß sich die Konkurrenzsituation für China verschärfen wird.

Wie ein Xinhua-Bericht über die Entwicklung der Auslandsinvestitionen zeigt, genehmigte die chinesische Regierung 1997 insgesamt 21.028 Unternehmen mit Auslandskapital, deren vertraglich vereinbartes Investitionskapital 51,8% betrug. Gegenüber 1996 sank damit die Anzahl der genehmigten Projekte um 14,37%, während das Volumen der zugesagten Investitionen um 29,36% zunahm. Die 1997 realisierten Direktinvestitionen erhöhten sich um 8,47% und betragen 45,26 Mrd.US\$. (XNA, 9.2.98)

Ein weiterer negativer Einfluß der Asienkrise auf China sieht Liu im Rahmen der vertraglichen Kooperationsprojekte und des Arbeitskräfteexports in diese Länder. Auf die ASEAN-Region und Südkorea entfallen 65% der vertraglichen Kooperationsprojekte und Arbeitskräfteexporte. Nach der Verschärfung der Krise in diesen Ländern wurde das Volumen dieser Projekte um mehr als 10 Mrd. US\$ gekürzt. Einige der Projekte, die von chinesischen Unternehmen in der Nachbarregion durchgeführt werden sollten, wurden abgesagt, andere bereits in Bau befindliche Projekte leiden unter mangelndem Mittelzufluß.

Neben den genannten Herausforderungen sieht Liu jedoch auch durchaus Chancen, die die Krise für China mit sich bringt. Hierzu zählt Liu zufolge das weiterhin hohe Wachstum der Weltwirtschaft und die Möglichkeit, die Märkte in den USA, Europa sowie in Afrika, den Mittle-